

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Anke Domscheit-Berg, Ralph Lenkert, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/1818 –**

Recht auf schnelles Internet für alle

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. stellt fest, ein leistungsfähiges Internet sei nicht allein ein privates Vergnügen oder ein wirtschaftlicher Vorteil, sondern existenziell.

Das gelte sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bereiche Kultur und Soziales, für Patientinnen und Patienten sowie Personal der Krankenhäuser und besonders für den Bildungsbereich. Es brauche daher einen Universaldienst, der die Bandbreiten dynamisch anpasse mit Gigabitgeschwindigkeit in der Stadt und auf dem Land.

Der Zugang zum Internet sei in Deutschland nach wie vor unbefriedigend. Es fehle an einer stabilen, flächendeckenden und guten Netzabdeckung. Parallel würden die vertraglich zugesicherten Geschwindigkeiten und Bandbreiten oftmals nicht eingehalten. Der Wettbewerb der Telekommunikationsanbieter bringe nicht die gewünschten und erforderlichen Ergebnisse.

Eine effektive Digitalisierung sei so unmöglich und bestehende Ungleichheiten verschärften sich, da ein verlässlicher, schneller Netzzugang nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen verfügbar sei.

Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, die Regelung zur Verfügbarkeit der Telekommunikationsdienste so zu gestalten, dass schnelle, sichere Internetdienste flächendeckend in Deutschland mit festen zeitlichen Vorgaben schnellstmöglich gewährleistet würden. Die Mindestbandbreite für den Ausbau und für neue Anschlüsse als Median der tatsächlichen Download- bzw. Upload-Rate sei festzuschreiben, mindestens jedoch eine Anfangsbandbreite von 100 Mbit/s im Download und 50 MBit/s im Upload. Vorsätzliche oder fahrlässige Verzögerungen sollten mit Bußgeldern belegt werden, die zum Ausbau der öffentlichen Dateninfrastruktur eingesetzt werden sollten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1818 abzulehnen.

Berlin, den 29. November 2023

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Johannes Schätzl
Berichterstatter

Hansjörg Durz
Berichterstatter

Maik Außendorf
Berichterstatter

Dr. Volker Redder
Berichterstatter

Barbara Benkstein
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Schätzl, Hansjörg Durz, Maik Außendorf, Dr. Volker Redder, Barbara Benkstein und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/1818** in seiner 137. Sitzung am 16. November 2023 beraten und an den Ausschuss für Digitales zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, an den Haushaltsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 78. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 68. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 62. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 50. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 56. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/1818 in seiner 52. Sitzung am 29. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 29. November 2023

Johannes Schätzl
Berichtersteller

Hansjörg Durz
Berichtersteller

Maik Außendorf
Berichtersteller

Dr. Volker Redder
Berichtersteller

Barbara Benkstein
Berichterstatlerin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatlerin